

Positionspapier der Vollversammlung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V. zu Politik und Grundwerte christlichen Glaubens:



Lasst uns nicht lieben mit Worten noch mit der Zunge, sondern mit der Tat und mit der Wahrheit! 1. Joh 3, 18

Das Selbstverständnis der EJHN beruht auf christlichen Werten, vor allem auf dem Doppelgebot der Liebe.

Die EJHN ist sich bewusst, dass sie auf diese Werte weder Patent noch alleinigen Anspruch besitzt. Gleichwohl widersetzt sie sich dem Missbrauch dieser Werte zu politischen Zwecken, wo sie nur als Tarnung für eine Politik verwendet werden, die diesen Prinzipien nicht entspricht.

Die 32te Vollversammlung der EJHN im April 2018 hat unsere Kerne christlichen Glaubens definiert. Sie alle beruhen auf dem Doppelgebot der Liebe; der Liebe zu Gott, sich selbst und zu Anderen.

Wir sehen christliches Handeln im Sinne der Gottes- und Menschenliebe und in der Verantwortung gegenüber unserem Glauben, denn alles was wir als Christ*innen tun, tun wir im Glauben an den dreieinigen Gott.

Parteien treffen oft Entscheidungen, die aus unserer Sicht mit den christlichen Werten nicht vereinbar sind: Sie beschließen Obergrenzen für geflüchtete Menschen, betreiben eine gefährliche Waffenexportpolitik, handeln mit Menschen im Rahmen des Türkei-Abkommens, lassen Menschen im Mittelmeer ertrinken und wollen stärkere Grenzen, um hilfebedürftige Menschen an der Einwanderung nach Deutschland zu hindern. Sie diskutieren über Familiennachzug, statt Familien beisammen sein zu lassen und diskriminieren die Flucht von Menschen als „Asyltourismus“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Politische Argumentation auf der Basis christlicher Werte sollen zwar in der Politik auf keinen Fall außen vorgelassen werden. Aber Religion für Machtspiele zu instrumentalisieren, um gegen andere Religionen zu hetzen und die Bürger*innen in diesem Land zu spalten entbehrt nicht nur jeder Vernunft, sondern auch den Grundfesten unseres Glaubens. Zudem fordern wir, dass Religionen nicht mehr für Wahlkämpfe missbraucht werden.

Die Aufgabe der Kirche ist es, die Welt in der Nachfolge Jesu Christi zu verändern. Die Aufgabe aller Parteien und der Parlamente ist es, dem Gemeinwohl zu dienen, in dem sie Gerechtigkeit und Frieden schützen. Wenn diese ihrer Rolle nicht gerecht werden, dann müssen Menschen des Glaubens aufstehen und das Wort ergreifen.

Wir wollen deshalb klar benennen:

Wir verurteilen die Politik der AFD, die die „Rettung des christlich-jüdischen Abendlandes“ propagiert und damit eine menschenfeindliche und rassistische Politik¹ meint. Diese Politik verkehrt die Grundwerte christlichen Glaubens in ihr Gegenteil!

Die Unionsparteien CDU und CSU tragen das „Christlich“ in ihrem Namen und verweisen in ihren Grundsatzprogrammen und dem gemeinsamen Regierungsprogramm auf eine Politik die auf „dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott [beruht]“². Damit wirbt die Union auch aktiv. Diesen Ansprüchen wird sie in ihrem aktuellen praktischen Handeln allerdings nicht gerecht.

Argumente im politischen Raum, die sich explizit auf christliche Werte beziehen, werden von Politiker*innen aller Parteien immer wieder als Mittel zum Zweck missbraucht, andere Argumente oder Menschen herabzuwürdigen und zu diskreditieren. Dies widerspricht dem Grundverständnis des christlichen Glaubens als Einladung zum Dialog.

¹ Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 abzurufen unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

² Grundsatzprogramm der CDU (2007: 4) abzurufen unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar_1.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=1918